

Sozialplanung Kreis Pinneberg

Kurzbericht Sozialplanungskonferenz 2022



Kreis Pinneberg

Fachbereich Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit

Stabsstelle Sozialplanung und Steuerung

E-Mail: sozialplanung@kreis-pinneberg.de

1. Einleitung

Die zweite Sozialplanungskonferenz im Kreis Pinneberg fand am Samstag, 20.08.2022 mit ca. 90 Teilnehmenden als ganztägige Veranstaltung in der Beruflichen Schule Elmshorn statt. Eingeladen waren Vertreter*innen von Anbietern sozialer Dienstleistungen, Kommunen, Politik, Wissenschaft und Repräsentant*innen der Arbeits- und Fokusgruppen sowie unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen. Darüber hinaus nahmen auch Vertreter*innen des Kreises an der Konferenz und den Arbeitsgruppen teil.

Nach Begrüßungsreden durch die Landrätin Elfi Heesch und den Chef und Minister der Staatskanzlei Dirk Schrödter stand in der ersten Arbeitsphase die Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder im Hinblick auf sich verändernde Bedarfe im Zentrum. Dabei wurde auch überprüft, ob neue Schwerpunkte zu bilden sind. Nach dem Impulsvortrag von Steffen Bockhahn aus Rostock ging es am Nachmittag in der zweiten Arbeitsphase, um die Diskussion aktueller Themen der Sozialpolitik. Die Teilnehmenden hatten vormittags die Möglichkeit in verschiedenen Workshops mitzuwirken. Hierdurch wurden der Austausch und die Vernetzung der Akteure befördert. Abschließend wurden die Ergebnisse der einzelnen Workshops kurz im Plenum präsentiert. Die Veranstaltung wurde mit Graphic Recording visualisiert und es existiert eine ausführliche Dokumentation als Langfassung.

Auftrag

Am 28.05.2016 fand im Kreis Pinneberg die erste Sozialplanungskonferenz statt, auf der elf sozialpolitische Handlungsfelder entwickelt und anschließend vom Kreistag beschlossen wurden. Diese dienen seither als thematische Orientierung für die Sozialplanung im Kreis.

Die Verwaltung wurde am 14.06.2017 damit beauftragt, alle fünf Jahre eine Sozialplanungskonferenz zur strategischen Weiterentwicklung sowie zur Überprüfung der Handlungsfelder durchzuführen. Im Rahmen der zweiten Sozialplanungskonferenz wurden Vorschläge zur Neujustierung bzw. Anpassung sozialpolitischen Handlungsfelder und deren Prioritäten entwickelt.

2. Neujustierung der sozialpolitischen Handlungsfelder

Innerhalb der ersten Arbeitsphase wurden die bisherigen elf Handlungsfelder auf fünf Workshops verteilt, welche jeweils zwei bis drei Handlungsfelder umfassten. In zwei Durchgängen konnten die Teilnehmenden unterschiedliche Workshops besuchen. Nach einer Vorstellung des jeweils aktuellen Standes im Handlungsfeld auf Basis des Fokusberichts 2022 haben die Teilnehmenden Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der Handlungsfelder gesammelt und diskutiert. Im Folgenden werden die zusammengefassten Ergebnisse dargestellt.

2.1 Handlungsfelder Infrastruktur sozialer Angebote, Mobilität sowie Leben und Freizeit

Die Handlungsfelder sind inhaltlich stark miteinander verknüpft. Mobilität ist, vor allem im ländlichen Raum, Voraussetzung für die Nutzung sozialer Angebote. Ehrenamt spielt in beiden anderen Handlungsfeldern eine wichtige Rolle. Inklusion sollte generell stärker fokussiert und die Arbeit von Kreis und Kommunen mehr miteinander verzahnt werden.

Für das Handlungsfeld **Infrastruktur sozialer Angebote** wurde als wichtiger Bestandteil die Schaffung neuer, insbesondere niedrigschwelliger Angebotsstrukturen festgehalten. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels wurden u.a. höhere Vergütungen, eine attraktivere Infrastruktur im Kreis und eine Stärkung des Ehrenamts angeregt.

Für das Thema **Mobilität** wurde eine stärkere Gewichtung in der Sozialplanung gefordert. Für eine bedarfsgerechte und zuverlässige Ausgestaltung des ÖPNV inklusive der Fahrrad Infrastruktur sollte ein integriertes Mobilitätsmanagement geschaffen werden. Als Teil der Daseinsvorsorge wurde auch über finanzielle Entlastungen im ÖPNV diskutiert.

Im Handlungsfeld **Leben und Freizeit** lag der Fokus auf Kindern und Jugendlichen. Es brauche mehr Freizeit- und Sportangebote sowie Rückzugsorte, wobei auf die gleichwertige Förderung von Jungen und Mädchen geachtet werden muss. Die Bezeichnung des Handlungsfeldes und die Zuordnung von Kinder- und Jugendarbeit zum Handlungsfeld sollten überdacht werden.

2.2 Handlungsfelder Gesundheit, Ärztliche Versorgung und Pflege

Insgesamt stellte sich im Handlungsfeld **Gesundheit** heraus, dass Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung geschaffen werden müssen. Zudem brauche es mehr Beratungsstellen für Erkrankte und deren Angehörige. Inklusion ist dabei vermehrt in den Fokus gerückt und der Bedarf für ein medizinisches Versorgungszentrum für Menschen mit Behinderung wurde diskutiert. Thematisiert wurde auch eine Verbesserung der ärztlichen und therapeutischen Versorgung vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels, vor allem im Bereich der Hebammen und der Kinderärzte. Auf einer kommunalen Gesundheitskonferenz können Lösungsansätze für die vielfältigen Herausforderungen entwickelt werden.

Ein wesentliches Thema im Handlungsfeld **Ärztliche Versorgung und Pflege** ist weiterhin die Ausbildung, Gewinnung und Bindung von Fachkräften im Bereich Pflege, wofür Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Zusätzlich wurde Gewalt gegen zumeist weibliche Pflegekräfte thematisiert. Insgesamt wurde deutlich, dass der Bedarf an unterschiedlichen und spezifischen Pflegeleistungen aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft weiter steigen wird, weshalb über die daraus resultierende Finanzierung der Mehrbedarfe debattiert wurde. Ein zunehmend bedeutsames Thema ist der Erhalt der Selbständigkeit und die Prävention von Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen.

2.3 Handlungsfelder Wohnen und Armut

Die Handlungsfelder **Armut** und **Wohnen** lassen sich kaum getrennt voneinander

betrachten. Ein breit diskutiertes Themenfeld stellen die Hürden auf dem Wohnungsmarkt für

Zielgruppen mit besonderen Bedarfen dar, die Unterstützungsangebote benötigen. Ferner wird der Abbau der Bürokratie genannt, um langen Bewilligungsverfahren entgegenzuwirken. Zuletzt äußerten die Teilnehmenden den Wunsch, Hemmnisse für das Entstehen von neuem Wohnraum zu minimieren, indem planerisch mehr Einfluss auf die

Flächenbewirtschaftung genommen wird. Auch ein Wechsel in geeigneteren Wohnraum sollte leichter möglich sein. Mit Blick auf die aktuelle Energiekrise werden Armutsrisiken bei neuen Gruppen gesehen, denen Informationen und Unterstützungsangebote zur Verfügung gestellt werden müssen.

2.4 Handlungsfelder Bildung und Arbeit

In der Diskussion zum Thema **Bildung** wurde im Bereich frühkindlicher Bildung u.a. ein Ausbau der möglichst früh einsetzenden Sprachförderung vorgeschlagen. Im Bereich des Übergangs Schule Beruf fehle es trotz einer Fülle an Angeboten an Instrumenten, mit denen Schüler*innen ihre Berufswünsche und Fähigkeiten identifizieren können. Schulische Ganztagesbetreuung im Kontext der SGB VIII Reform wurde als relevantes Thema identifiziert. Projekte bzw. Maßnahmen wie z.B. individualisierte Beratung, sollten nachhaltig

implementiert und auch spezifisch für Menschen mit Migrationshintergrund ausgerichtet sein. Thematisch standen im Handlungsfeld **Arbeit** die Herausforderungen des Fachkräftemangels im Fokus. Neben neuen Vorschlägen wurde auch auf bereits bestehende gute Maßnahmen verwiesen. Besonders wurde die Aktivierung von vorhandenen, aber bisher nicht genutzten Potenzialen, z.B. von Frauen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderung, angeregt.

2.5 Handlungsfelder Integration und Inklusion

Beide Handlungsfelder wurden als Querschnittsthemen angesehen, die Teilhabe von Menschen ermöglichen sollen. Bei den Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Handlungsfeldes **Integration** wurden Themen wie z.B. mehr Betroffenenbeteiligung, die Entwicklung von Paten-/Mentorenschaften, gemischte Spielgruppen und interkulturelle Begegnungsräume benannt. Bezüglich aktuell noch ungedeckter Bedarfe gab es die meisten Nennungen zu den Themen Sprachförderung und Kinderbetreuung. Als weitere Schwerpunkte wurden u.a. Rassismus, Intersektionalität und Gewaltschutz genannt. Im Handlungsfeld **Inklusion** wurde großer Weiterentwicklungsbedarf in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen gesehen.

Thematisiert wurden vor allem die Themen eines inklusiven Arbeitsmarktes sowie inklusive berufliche Bildung, um Vorurteilen entgegenzuwirken und den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zugänglicher zu machen. Ungedeckte Bedarfe bestehen nach Auffassung der Teilnehmenden vor allem im Bereich der Frühförderung sowie an der Schnittstelle von heilpädagogischer und sozialpädagogischer Förderung. Angebote müssen barrierefrei sein und Betroffene sollten noch mehr in die planerischen und politischen Prozesse eingebunden werden. Weiter müsse die Selbsthilfe mehr unterstützt werden. Abschließend wurde der Hinweis gegeben, dass alle Beteiligten weiter an einer gemeinsamen Haltung zum Thema Inklusion arbeiten sollten.

3. Diskussion aktueller Themen der Sozialpolitik

In einer zweiten Arbeitsphase wurden aktuelle Themen der Sozialpolitik im Kreis Pinneberg in fünf Workshops diskutiert. Zu den aktuellen und zukünftigen Aufgaben sowie Herausforderungen wurden Ideen zur Weiterentwicklung und Lösungsansätze gesammelt.

3.1 Evaluation der Sozialplanung

Von November 2021 bis Mai 2022 fand die **Evaluation des Systems der Sozialplanung** im Kreis Pinneberg statt. Die zentralen Ergebnisse wurden vorgestellt und diskutiert. Querschnittsthemen sollten im Rahmen der integrierten Betrachtung unbedingt beachtet und die Belange aller relevanten Zielgruppen berücksichtigt werden. Es wurde angeregt, die Kontakte zwischen Politik und den Akteuren im

System zu intensivieren, um die Arbeit der Fokusgruppen transparenter werden zu lassen. Die Politik wünscht sich eine schnelle unkomplizierte Nutzung und Kommunikation der vorhandenen Daten bzw. Auswertungen. Neben einer engeren Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen wurde angeregt, die jeweils benötigten Kapazitäten zu überprüfen und ggf. anzupassen.

3.2 Folgen der Pandemie

Zunächst ist es insbesondere das Leben von Familien, das durch die Folgen der Pandemie beeinträchtigt wird. Auftretende Konflikte bis hin zur häuslichen Gewalt betreffen dabei alle Familienmitglieder, vor allem Frauen. Defizite bei Familien mit Kindern können sich aus fehlenden Schuleingangsuntersuchungen entwickeln. Speziell schulische Lücken, nicht

ausreichende Digitalisierung und Berufsorientierung wirken sich auf das familiäre Miteinander aus. Die **Folgen der Pandemie** zeigen sich somit in erhöhten oder veränderten Bedarfen und Herausforderungen, die von einem ohnehin stark belasteten System bewältigt werden müssen.

3.3 Gesundheitsversorgung

Innerhalb der **Gesundheitsversorgung** werden neben der Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung Bedarfe bei der Pflege von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen gesehen. Entsprechende Angebote sollten ausgebaut und die Strukturen und Prozesse optimiert werden. Weiter wurde die Verbesserung der Erreichbarkeit medizinischer bzw. gesundheitlicher Angebote thematisiert.

Ärztliche Niederlassungen sollten durch verschiedene Maßnahmen gefördert werden, aber auch die Bedarfsermittlung der Kassenärztlichen Vereinigungen sei zu überprüfen. Als Zukunftsthema wurde der sozialräumliche Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung benannt. Auch Digitalisierungspotenziale sollten noch mehr ausgeschöpft werden.

3.4 Migration

Der effiziente Einsatz von Finanzmitteln im Handlungsfeld **Migration** wurde diskutiert. Zur Steigerung sollten bekannte und wirksame Projekte kontinuierlich über einen längeren Zeitraum gefördert werden. Als sehr wichtig wurde auch die Haltung und

Bewusstseinsbildung für das Thema Migration und die Kommunikation zwischen Fachexperten und der Politik angesehen. Zudem führten die Teilnehmenden aus, dass Integration am besten gelinge, wenn die Kinder von Anfang an in die regulären Strukturen eingebettet würden.

3.5 Kommune Inklusiv

Zunächst wurde angemerkt, dass das Projekt „**Kommune Inklusiv**“ bei der Planung des Doppelhaushalt 2023/24 zu berücksichtigen ist und dass sowohl die Politik als auch die Fokusgruppen in allen Projektphasen angemessen und proaktiv beteiligt werden sollten. Kritisch wurde die Frage der Anschlussfinanzierung nach Abschluss des Projekts gesehen. Im Rahmen einer engeren

Vernetzung von Kreis und Kommune kann eine Verknüpfung mit Daten der Sozialplanung erfolgen. Bei der weiteren Ausgestaltung des Projekts sollen u.a. die Übergänge zwischen einzelnen Lebensphasen berücksichtigt werden. Zum Informationsaustausch und um mehr miteinander ins Gespräch zu kommen, könnten offene Formate wie z.B. Märkte oder Messen durchgeführt werden.

Feedback zur Veranstaltung

Zum Abschluss der Konferenz fand eine Kurzevaluation der Veranstaltung statt. Im Ergebnis haben die Teilnehmenden die gesamte Sozialplanungskongferenz auf einer Skala bis 10 mit dem Wert 8,1 sehr positiv bewertet.



Priorisierung der Handlungsfelder

Dem Bereich der priorisierten Handlungsfelder wurden eindeutig zugeordnet: Infrastruktur sozialer Angebote, Wohnen, Mobilität, Bildung, Armut und Inklusion.

Dem Bereich der nicht priorisierten Handlungsfelder wurden zugeordnet: Integration, Ärztliche Versorgung und Pflege sowie Leben und Freizeit.

Die Handlungsfelder Gesundheit und Arbeit können sowohl dem priorisierten als auch dem nicht priorisierten Bereich zugeordnet werden.

An den priorisierten Handlungsfeldern soll sich nach einer Beschlussfassung im Kreistag die zukünftige Schwerpunktsetzung der Arbeit in der Sozialplanung orientieren.